

Antrag 1 der SPÖ-Alsergrund

Betrifft: NEIN zu den derzeitigen neoliberalen Freihandelsabkommen CETA und TTIP! – Für faire, solidarische zwischenstaatliche Handelsbeziehungen

Mittlerweile haben wir das sechste Krisenjahr in Folge. Der weltweite Wirtschaftseinbruch im Jahr 2008 ist beispielsweise seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Neben dem wirtschaftlichen Stillstand sahen und sehen sich viele Länder mit einem Zusammenbruch ihres Finanzsystems als Folge von Kapitalabwanderungen konfrontiert.

Gefahr für europäische Sozialstaaten durch Freihandelsabkommen CETA und TTIP:

Der jüngste Versuch der neoliberalen Wirtschaftspolitik auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung sowohl in der EU als auch auf dem amerikanischen Kontinent wird derzeit in Form von interkontinentalen Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) bzw. mit den USA (TTIP) eröffnet. Versprochen werden erhebliches Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzzuwächse.

Bei näherer volkswirtschaftlicher Betrachtung sind diese Versprechen aber unrealistisch. Sowohl in den USA als auch in der EU ist das Wirtschaftswachstum primär von der Binnennachfrage, also dem Konsum von Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU und innerhalb der USA, maßgeblich abhängig. Auch zeigt die fallende Lohnquote seit den 1970er Jahren, dass es nicht ausschließlich auf das Wirtschaftswachstum ankommt, sondern auch darauf, wer davon profitiert.

Gefahr durch Abbau von Schutzbestimmungen:

Ein offizielles Argument für die Freihandelsabkommen ist der Abbau von Zöllen und sogenannten nichttarifären Handelshemmnissen zwischen der EU und den USA bzw. Kanada. Während allerdings Zölle aufgrund ihrer niedrigen Sätze kaum noch von Bedeutung sind, versteckt sich hinter dem Fachbegriff der nichttarifären Handelshemmnisse eine große Zahl an Schutzbestimmungen für LohnarbeiterInnen und KonsumentInnen. Durch den Abbau dieser Schutzbestimmungen soll der Marktzutritt vereinfacht werden. Dies geschieht durch die Beseitigung von Kontroll- und Genehmigungsverfahren sowie anderer „Hürden“, aber auch durch Vereinheitlichung von Standards und Regelungen. Vereinheitlichungen bedeuteten zuletzt meist eine Nivellierung nach unten.

Arbeits- und Sozialbedingungen in Gefahr:

Mit Blick auf die Gestaltung der allgemeinen Arbeitsbedingungen sowie der sozialen Sicherungssysteme muss die lohnarbeitende Mehrheit der Bevölkerung auf beiden Seiten des Atlantiks mit erheblichem Druck auf ihre Löhne, ihre Arbeitsbedingungen, aber auch auf den Sozialstaat rechnen. Lohndumping, Steuerflucht und die Aushöhlung gewerkschaftlicher Einflussmöglichkeiten sind weitere Folgen. Diese Entwicklung ist schon jetzt im liberalisierten EU-Binnenmarkt zu beobachten.

Daseinsvorsorge in Gefahr:

Insbesondere die ausdrücklich vorgesehenen Liberalisierungsbestrebungen des öffentlichen Dienstleistungsbereiches gefährden die Sicherstellung der öffentlichen Versorgung mit gesellschaftlich notwendigen Gütern und Leistungen der Daseinsvorsorge. Mithilfe der Freihandelsbestimmungen versuchen multinationale Konzerne, die nur auf schnellen und möglichst großen Profit ausgerichtet sind, den Druck in Richtung Privatisierung, beispielsweise der **Wasserver- und -entsorgung**, der **Bildung**, der **Gesundheit**, des **öffentlichen Verkehrs** oder der **Energieversorgung**, weiter zu erhöhen, um die eigenen Profitinteressen befriedigen zu können. Die schlechten Erfahrungen mit der Privatisierung von öffentlichen Versorgern lehrt jedoch, dass eine profitorientierte Vermarktung dieser gesellschaftlich lebensnotwendigen Bereiche Qualitätseinbußen, Preissteigerungen, dadurch eine Ausgrenzung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen zur Folge hat. Des Weiteren muss auf Druck der profitorientierten multinationalen Konzerne das öffentliche Beschaffungswesen, ein wichtiges Instrument zur regionalen Wirtschaftsstimulierung, aus der Hand gegeben werden. Denn die geplanten

Freihandelsabkommen lassen es zu, dass Privatanbieter die Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen durch die Kommunen unterbinden, indem sie diese selbst zu niedrigeren Preisen anbieten und die Kommunen verpflichtet sind, diese vermeintlich günstigeren Angebote anzunehmen. Die niedrigeren Preise kommen allerdings nur durch massives Sozial- und Qualitätsdumping sowie durch unterlassene Investitionen in langfristige Infrastruktur zustande. So gehen die Billigangebote der Privaten zu Lasten der Allgemeinheit.

Gefahr durch die Investitionsschiedsgerichte:

Ein wesentliches Instrument zur Absicherung bzw. Durchsetzung der Profitinteressen der Konzerne soll mit der Einrichtung von sogenannten Investoren/Staat-Schiedsgerichten bereitgestellt werden. Hierdurch erhalten Privatkonzerne die Möglichkeit, gegen demokratisch zustande gekommene Gesetze, Sozialstaats- oder andere Bestimmungen zur Regelung und zum Schutz der sozialen wie natürlichen Lebensumwelt der Mehrheit der Menschen vorzugehen und souveräne Staaten auf beträchtlich hohe Schadenersatzsummen zu klagen.

Gefahr durch Geheimverhandlungen:

Es ist bezeichnend, dass diese Verhandlungen wie auch die Vorbereitungen zu den Abkommen, die das selbst gesteckte Ziel haben, innerhalb der EU, der USA und Kanada mehr Wohlstand zu erreichen, von den EntscheidungsträgerInnen der EU, der USA sowie von Kanada unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden. Mehr noch, Gewerkschaften und andere Interessenvertretungen, zivilgesellschaftliche Organisationen, selbst rechtsstaatlich-demokratisch legitimierte Einrichtungen wie etwa nationale Parlamente oder auch das Europäische Parlament, sind vom Informations- und Entscheidungsprozess ausgeschlossen. Lediglich mächtige Lobbyinggruppen des Monopol- und Finanzkapitals üben einen entscheidenden Einfluss auf die Verhandlungen aus.

Der Bundesparteitag der SPÖ möge daher beschließen:

- Die SPÖ spricht sich gegen die derzeitigen und in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen zwischen der EU und USA (TTIP) sowie der EU und Kanada (CETA) aus.
- Die SPÖ spricht sich dafür aus, dass sich die österreichische Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzt, dass die derzeitigen und in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen zwischen der EU und USA (TTIP) sowie der EU und Kanada (CETA) abgelehnt werden.